Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Fernruf Nr. 30. Postscheck Nr. 62.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1350. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 179. Mittwoch, 3. August 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getrennter und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorklagt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Heimat im Bild". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 89. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Bloßstellung des Friedensgedankens.

Schon im Hinblick auf den Umfang und die Aeußerungsformen, der in ihrer Künstlichkeit und inneren Unwahrhaftigkeit von Jahr zu Jahr weniger eindrucksvollen pazifistischen Kundgebungen, die sich anläßlich der Wiederkehr des Kriegsausbruches einzustellen pflegen, möchte man in den Ruf ausbrechen: „Nie wieder Krieg!" Immer noch sucht man sich einzureden, daß nach den Erfahrungen, die das wehrlose Deutschland seit Versailles und den Tagen tausendfach verhorrter Schwurhände und Wortproteste gemacht hat, mit Papiertafeln und „Hoch- und Niedergeschrei" Entwicklungen gefördert oder gehemmt werden können. Regelmäßig bringen diese pazifistischen Kundgebungen, soweit sie „geistiges" Gepräge aufweisen möchten, den Rückfall in die Nachrevolutionszeit, in der man glaubte, durch Verwässlung expressionistischer Zerrkunst mit Leitartikel-Gedanken die Weltgeschichte revolutionieren zu können. Immer wieder schlägt der in Deutschland heimische, im übrigen aber alles andere als deutsche Berufspazifismus mit krankhaftem Selbsterhaltungswahn auf die letzten kümmerlichen Ueberreste des Wehrzustandes und der Wehrgesinnung ein, die man uns gelassen hat, und verschließt bewußt die Augen vor der Tatsache, daß es nach Deutschlands völliger Entwaffnung nun endlich einmal Sache der anderen ist, etwas mehr als schöne Worte für den Friedensgedanken in die Wagschale zu werfen. Durch diese Einstellung unterscheidet sich der in Deutschland wuchernde Pazifismus seinem Wesen nach von der pazifistischen Propaganda unserer Gegner, die durch ihre Friedensapostel, mögen sie Boncour oder Painlevé heißen, die Abrüstung in Genf sabotieren und die gewaltigste Aufrüstung der Welt in der Kammer in Paris durchsetzen. Da hat sich ein großes süddeutsches demokratisches Blatt einen jungen französischen Pazifisten zu einer „freimütigen" Meinungsäußerung verschrieben. Dieser ebenso idealistische wie gerissene Franzose benutzt die Gelegenheit, in einer deutschen Zeitung zu schreiben, zunächst dazu, die französische Auffassung von der bedrohten Sicherheit seines Vaterlandes und von dem bösen Willen Deutschlands und seiner Regierung eindringlich darzustellen und rettet seine „Objektivität" dann durch den Satz, in Deutschland möge man vielleicht ähnlich über Frankreich denken. In allen Allgemeinplätzen der Gesinnung kargt er nicht mit schönen Beteuerungen, sobald eine Frage aber konkret angefaßt wird, zieht er sich auf den französischen Standpunkt zurück. Er gesteht die innere Unmöglichkeit der deutschen Ostgrenze zu, vertröstet Deutschland aber auf den Tag, da alle Grenzen fallen und belanglos werden und — wo dann der letzte Deutsche in Polen physisch und moralisch zu Grunde gerichtet, Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien, glücklich abgewürgt sein werden. Auch für die französische Aufrüstung in der neuen Heeresreform wirbt er in der Praxis Verständnis, während er natürlich in der Theorie sofort wieder den Gedanken der Vaterlandsverteidigung als einen zu überwindenden Zustand verwirft. Das ist nur ein Beispiel für viele.

Man sehe sich demgegenüber die deutschen „Friedenswerber" an. Der Dichter Fritz von Unruh spricht vor einer Versammlung international zusammengesetzter Jugend. Er vermeidet es als Deutscher natürlich auf das ängstlichste, Forderungen an die harten Tatsachen, wie sie durch unsere in Waffen starrenden Gegner aufrecht erhalten werden, zu stellen. Er begnügt sich damit, einen unerhört papierenen Schwulst zu sprechen, gegen dessen sprachliche Formung sich nicht nur das Sprachgefühl, sondern in der Wiedergabe auch der gesunde Verstand des Setzers sträubt. Dichter sein in dem Sinne von Prophet und Volksführer, wie es Unruh erstrebt, heißt doch, große, mitreißende Gedanken in eine zwingende, aufrüttelnde Form zu gießen. In Unruhs Rede sind weder Gedanken, die sich der Wiederholung lohnen, noch ist die Form mitreißend. Er fördert Sätze zutage, die lauten: „Ist keiner da, der Masken abreißt, der den Tag der Greise rings von den Stühlen stößt, auf denen Kraft und unser Dennoch thronen sollten? . . . Der Kompaß unseres Willens steht Ziel und Richtung! Und kein Gewitter giftvoller Spannung schlägt uns die Hand vom Steuer". Und dann versucht er, den jungen Menschen einzureden: „Euer Weltbund ist gegründet! Junge Menschen! So geschweißt, seid Ihr der Magnet, der irrende Nationen ordnet, das Gewissen, das Weltgewissen mit der neuen Wage, vor der die ungerechten Richter zittern! Das Fanal, das nicht nur Europa erhellt, der Bogen über gestern und morgen!" Daß er dieser Jugend gleichs, das Evangelium vom „Ich will" im Gegensatz zum „Du sollst" predigt, rundet das Bild dieser Prophetologie ab, mit der man sich als einer Aeußerung eines nicht mehr ganz harmlosen Wahnes nicht weiter auseinanderzusetzen braucht.

Ueber jenen „Pazifismus", der in Försters „Menschheit" Poincarés Nachkriegspolitik verteidigt und zur Zeit die von Herrn Broqueville wohl kaum gelieferten „Dokumente" abdruckt, und der im „Anderen Deutschland" schon ganz offen französische Schlagzeilen verwendet, braucht kein Wort verloren zu werden. Bedenklich muß es nur stimmen, daß der harmloseste pazifistische Illusionismus sowie die gesamte linksgerichtete Presse, die stets über die Anzweiflung ihrer vaterländischen Gesinnung beleidigt ist, kein Wort der Ablehnung gegen diese nur kriminell zu wertende Bloßstellung des Friedensgedankens findet.

Bratianu macht mobil.

gu. Berlin. Wie wir hören, sind in Rumänien 500 000 Mann einberufen worden. Offiziell wurde diese Maßnahme mit den bevorstehenden Sommermanövern begründet, doch ist man allgemein überzeugt, daß die Truppen auch nach Beendigung der Uebungen weiter zusammengehalten werden sollen.

In politischen Kreisen wird aus dieser kaum verschleierten Mobilmachung geschlossen, daß Bratianu schon für die nächste Zeit mit größeren Unruhen rechnet und es keineswegs für unwahrscheinlich hält, daß ein Handstreich seitens des Prinzen Carol oder seiner Anhänger unmittelbar bevorsteht. Wie wir hören, ist die Stimmung im Heere nach wie vor nicht einheitlich und es ist keineswegs unmöglich, daß ein Teil der Truppen Bratianu den Gehorsam verweigern und zu Prinz Carol übergehen wird. Entscheidend dürfte vor allem die Haltung des Offizierkorps sein und hier scheint in der Tat ein Stimmungsumschwung eingetreten zu sein. Die Mehrheit der Offiziere ist zweifellos heute nicht mehr für Prinz Carol, sodaß mit größeren Uebergängen seitens der Truppen nicht zu rechnen ist.

Der Baltenbund.

gu. Berlin. In politischen Kreisen findet die Konstellation starke Beachtung, die sich seit einiger Zeit an der russischen Westgrenze anzubahnen scheint. Die Verhandlungen, die zwischen Lettland und Litauen geführt worden sind, scheinen zu beiderseitiger Zufriedenheit verlaufen zu sein und auch mit Finnland soll unseren Informationen zufolge eine Verständigung unmittelbar bevorstehen. Wie wir hören, ist bereits beschlossen worden, daß sich die baltischen Staaten auf der Herbsttagung des Völkerbundes gemeinsam dafür einsetzen wollen, daß Finnland einen Sitz im Völkerbundsrat erhält.

Es ist ohne weiteres klar, daß die Verständigung seiner Randstaaten für Rußland äußerst bedenklich ist, und die Aeußerungen des lettischen Außenministers Zeelen lassen in der Tat keinen Zweifel darüber, daß die Spitze des Bundes der angestrebten Verständigung gegen die Sowjet-Union gerichtet sein würde.

Hinzu kommt, daß auch zwischen Polen und Litauen sich ein besseres Verhältnis angebahnt hat. Hier war bekanntlich Nowno der Stein des Anstoßes, das von Polen mitten im tiefsten Frieden gewaltsam annektiert worden ist. Auf einen Wink von London hin scheint Litauen jetzt bereit zu sein, seinen latenten Kriegszustand mit Polen abzubrechen. Das würde bedeuten, daß sämtliche russische Randstaaten gegen die Sowjet-Union zusammenstehen, eine Konstellation, die automatisch eine schwere Bedrohung der russischen Grenze bedeutet. Wie wir weiter hören, wird bestimmt damit gerechnet, daß England sich im Herbst auf der Völkerbundstagung sehr entschieden für die Wünsche der baltischen Staaten einsetzen und Finnland zu einem Ratssitz verhelfen wird.

Kein Amnestiegesetzentwurf.

X Berlin. Die Meldung des „Berliner Tageblattes" in der Abendausgabe vom 2. August, daß im Reichsjustizministerium ein Amnestiegesetzentwurf vorbereitet werde der dem Reichstag in der Septembertagung vorgelegt werden soll, ist unrichtig. Es trifft übrigens auch nicht zu, daß der Reichstag den Erlaß einer neuen Amnestie angeregt habe. Der Reichstag hat vielmehr am 2. Juli d. J. nur einige näher bezeichnete Gruppen von Einzelfällen der Gnadeninstanz zu wohlwollender Prüfung empfohlen, ein Amnestiegesetz aber abgelehnt.

Das Ringen um die Genfer Einigung.

Die Genfer Konferenz ist so gut wie erledigt. Die meisten Delegierten haben bereits ihre Koffer gepackt und ihre Ditspositionen für die Rückreise getroffen. Zwar wird man morgen noch einmal in eine Vollversammlung zusammenkommen, doch ist ganz Genf sich schon heute einig darüber, daß diese letzte Sitzung nur noch den Zweck erfüllen kann, der Konferenz einen stilvollen Abschluß zu geben. Eine Beerdigungsfeier mit schönen Reden, in der der Abrüstungsgedanke zu Grabe getragen wird. Daran werden all die schönen Erklärungen, mit denen man gewiß nicht geizen wird, nichts mehr ändern können, das zu verhindern, dürfte auch der Ministerrat nicht mehr in der Lage gewesen sein, der gestern noch einmal bis in die späte Nacht in London getagt hat und auf dem, wie wir hören, noch ein letzter Vorschlag ausgearbeitet worden sein soll.

Aber es ist zu spät. **Die Gegensätze sind nicht mehr zu überbrücken.** Schroffer als je stehen sich die englischen und amerikanischen Seeinteressen gegenüber und an dieser Konstellation sind alle Vermittlungsversuche gescheitert, die Japan — schon aus eigenstem Interesse — im Laufe der letzten Tage unternommen hatte. Wie wir hören, ist gestern überhaupt nicht mehr verhandelt worden und insbesondere von dem amerikanischen Vorschlag einer befristeten Regelung spricht kein Mensch mehr. Jetzt erst erfährt man, daß dieser Gedanke gar nicht so neu ist wie zunächst geglaubt wurde, da Amerika mit diesem Plan schon am Donnerstag der vorigen Woche hervorgetreten ist, von der englischen Delegation aber sofort eine unzweideutige Absage bekommen hat. Es wäre bei dieser Sachlage völlig unverständlich, warum diese Idee am Sonntag noch einmal als rettendes Kompromiß in den Vordergrund gerückt worden ist, wenn man nicht wüßte, daß für Amerika der Gedanke auf dieser Abrüstungskonferenz zu keiner Verständigung zu kommen, so furchtbar ist, daß man eben kein Mittel unversucht lassen wollte. Diese Furcht ist durchaus begreiflich und nur allzuwohl begründet. Amerika steht bekanntlich vor der Präsidentenwahl und Coolidge wollte unter der populärsten Wahlparole, die es gibt: Herabsetzung der Steuern! in den Wahlkampf ziehen. Diese schöne Rechnung ist ihm nun zunichte gemacht worden, denn jetzt, nach dem Scheitern der Konferenz muß Amerika ein Bauprogramm durchführen, daß ihm sehr erhebliche Kosten auferlegen wird, so daß von einer Steuerherabsetzung gar keine Rede mehr sein kann.

Selbstverständlich ist man aber in England nicht weniger besorgt und wenn Lloyd George ein Scheitern der Konferenz „die größte Katastrophe für die Welt" genannt hat, so hat er nicht nur der Mehrzahl seiner Landsleute sondern auch der englischen Regierung selber aus dem Herzen gesprochen. Der Gegensatz zu Amerika wird sich um so verhängnisvoller auswirken, als sich gerade im Laufe der letzten Zeit Amerika und Rußland auf wirtschaftspolitischem Gebiet stark liiert haben. Damit ist für England die letzte Hoffnung gefallen, die Sowjet-Union durch Boykott auf wirtschaftlichem Gebiet auf die Knie zwingen zu können und es wird entweder daran denken müssen, seine Differenzen mit Rußland so schnell wie möglich zu liquidieren, oder aber es setzt sich der Gefahr aus, daß Rußland und die Vereinigten Staaten sich zu einem antienglischen Block zusammenfinden, der evtl. durch den Beitritt anderer Mächte noch mehr gestärkt werden könnte. Deutschland wird sich nicht verhehlen dürfen, daß diese Konstellation gerade für uns besonders unvorteilhaft ist, da sie England fast automatisch Frankreich in die Arme treibt, wir also von London vorläufig nicht auf die geringste Unterstützung zu rechnen haben.

Gelingt es nicht, den englisch-amerikanischen Gegensatz noch in letzter Stunde auszugleichen, so dürfte die Genfer Konferenz der Ausgangspunkt für neue Krisen sein. Die Parteien haben wie die törichten Jungfrauen das Oel auf ihrem Lämpchen ausgehen lassen und sehen nun zu spät, daß das Licht erloschen ist, und niemand weiß, wohin der eingeschlagene Weg führt.

* Genf, 2. August. Die heute aus Genf vorliegenden Berichte lauten unverändert pessimistisch. Obwohl die japanischen Delegierten ihre Bemühungen fortsetzten, ein Kompromiß zwischen dem britischen und amerikanischen Standpunkt zustande zu bringen, sind die Aussichten — wenn man nach den von Lord Cecil gemachten Aeußerungen urteilen soll — äußerst schlecht. Eine Agenturmeldung besagt, daß die Konferenz lediglich aus dem Grunde bis Donnerstag verschoben wurde, um Admiral Jellikow die rechtzeitige Rückkehr nach Genf zu ermöglichen. Die in Washington und London umlaufenden Gerüchte, daß die Besprechungen zwischen dem britischen Botschafter Sir Hower und Staatssekretär Kellogg das Vorspiel für die Unterbreitung neuer britischer Vorschläge aus Genf waren, wird von der britischen Botschaft in London dementiert. Von London sind keine neuen Instruktionen an die britische Botschaft in Washington ergangen.

Beamte des amerikanischen Staatsdepartements erklären, daß es unwahrscheinlich sei, daß sich Coolidge und Baldwin in Buffalo mit der Lage in Genf beschäftigen werden. Nach seiner gestrigen Konferenz mit Kellogg hatte der britische Botschafter Hower heute eine längere Besprechung mit dem Marineminister Wilbour. An verantwortlicher amerikanischer Stelle wurde später erklärt, daß die englisch-amerikanische Situation unverändert sei.

Berichte aus Rapid City besagen, daß Präsident Coolidge Baldwin nicht zu einer Konferenz mit ihm einladen wird, da er nicht glaubt, daß durch eine derartige Zusammenkunft etwas gewonnen werden würde.

Die „Newyork World", die nach wie vor auf eine Zusammenkunft der leitenden Staatsmänner beider Länder drängt, zieht die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf die zwischen dem Prinzen von Wales und Baldwin auf der einen und Kellogg und General Dawes auf der anderen Seite zum Sonntag vereinbarten Zusammenkunft. Bis dahin, so erklärt das Blatt, könne die Konferenz vielleicht zusammengebrochen sein und der Seeabrüstungswettbewerb habe dann wahrscheinlich schon seinen Anfang genommen.

Japan sucht in Genf erneut zu vermitteln.

)(Washington, 2. August. Die **japanischen Vorschläge für ein vorläufiges Kreuzerabkommen**, das bis 1931 gelten soll, sind im Staatsdepartement eingelaufen und sofort an das Marinedepartement zur Prüfung übersandt worden. Während der genauen Durchsicht der japanischen Vorschläge enthalten sich die amerikanischen offiziellen Kreise jedes Kommentars. Die erste unverbindliche Stellungnahme in amtlichen Kreisen zu den Vorschlägen scheine ablehnend zu sein, da anscheinend die Gesamt-Kreuzer-Tonnage, deren Gutheißung gewünscht wird, weit über das Maß hinausgehe, über das die amerikanische Delegation zu verhandeln gewillt sei.

Coolidges Einigungsbestrebungen.

)(Newyork. Wie Associated Preß aus Rapid City meldet, hat Präsident Coolidge die amerikanische Delegation auf der Marinekonferenz angewiesen, **alles nur mögliche zu tun, um zu einem Uebereinkommen zu gelangen**, er erwarte aber, falls sich dies als unmöglich erweisen sollte, die Vertagung der Konferenz auf unbestimmte Zeit.